

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 178. Ratssitzung vom 19. Juni 2013**

### **4061. 2012/390**

#### **Motion von Roger Bartholdi (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 31.10.2012: Änderung der Gemeindeordnung (GO), Reduktion der Anzahl Stadträte und De- partemente**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Roger Bartholdi (SVP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3216/2012): In der Vergangenheit wurde mehrmals der Wille zu einer Reduktion der Departemente und Stadträte kundgetan. Gescheitert ist die Idee jeweils an der Umsetzung. Diese wollen wir dem Stadtrat überlassen, in der Hoffnung, dass sie endlich auch vollzogen wird. Unsere Forderung ist aktueller denn je. Andere Städte beabsichtigen bereits eine Reduktion von sieben auf fünf. Die ablehnende Antwort des Stadtrats liefert eigentlich gute Argumente für die Reduktion: Unserer Meinung nach stellt die Kontaktpflege nicht die wichtigste Aufgabe der Stadträte dar. Auch spielt die Grösse der Stadt keine Rolle; nicht die Einwohnerzahl ist massgebend, sondern die Struktur. Mehr Personal braucht es nur unterhalb der Regierungsebene. Es kann kein Zufall sein, dass alle anderen Gemeinden fast ausschliesslich sieben Regierungsmitglieder haben. Die Stadt muss ihre Struktur überdenken und Synergien schaffen, statt ständig oben auszubauen und unten zu sparen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Das Anliegen hat tatsächlich eine lange Vorgeschichte, die bei der Behandlung dieses Geschäfts mitberücksichtigt werden muss. Als 2003 eine weitere solche Vorlage scheiterte, hat sich der Stadtrat daran gemacht, die Ziele – wie z. B. Effizienzsteigerung, Schnittstellenreduktion –, auf anderem Weg zu erreichen. Inzwischen arbeiten wir sehr häufig in überdepartementalen Delegationen, und mittels den Legislatorschwerpunkten und anderen Massnahmen verstärken wir die strategische Steuerung. Die genannten Ziele konnten wir ohne Reduktion des Stadtratsgremiums und der damit verbundenen weitgehenden Reorganisation der gesamten Stadtverwaltung erreichen. Die kommunale Ebene unterscheidet sich übrigens grundlegend von der kantonalen Ebene, sodass ein Vergleich der Stadt Zürich mit einem kleinen Kanton nicht aussagekräftig ist. Die Stadtbevölkerung hat zu Recht den Anspruch, ihren Stadträtinnen und Stadträten zu begegnen. Als Sparmassnahme eignet sich eine solche Reform auch nicht, steigt doch der Aufwand mittelfristig klar. Laut einer Studie der Stadt Winterthur besteht kein Zusammenhang zwischen der Anzahl Exekutivmitglieder und der Verwaltungskosten pro Einwohner. Die Effizienzsteigerung ist, losgelöst von einer solchen Vorlage, ein wichtiges Ziel, das der Stadtrat als Dauerauftrag wahrnimmt. Dies beweist z. B. das Projekt 17/0.*

Weitere Wortmeldungen:

**Renate Fischer (SP):** Die Motion verlangt in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt den Abbau zweier Stellen, deren Jahresgehalt auf 220 000 Franken beschränkt ist. Auf der anderen Seite der Bilanz steht die Reorganisation einer Stadtverwaltung mit knapp 28 000 Mitarbeitenden, die ein Vielfaches dessen kosten würde, was sich bei den Stadtratslöhnen einsparen liesse. Ein Vergleich auf der gleichen Staatsebene ist schwierig: In Genf etwa hat die Finanzvorsteherin nebenbei auch noch das Präsidialamt inne – in Zürich wäre dies kaum vorstellbar. Ebenso undenkbar wäre eine Zusammenlegung des Hoch- und Tiefbaus, wie dies neben Genf z. B. auch in Winterthur der Fall ist. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Ressourcen, die durch eine solche Reorganisation gebunden würden, besser ins Projekt 17/0 und in Massnahmen, die nicht mehr kosten, als eingespart werden kann, investiert werden. Ein Gremium mit neun Stadträtinnen und Stadträten erachten wir nicht als unverhältnismässig – nicht zuletzt deshalb, weil die Gemeindeaufgaben auch nicht weniger werden. Wir sind froh, dass wir über einen funktionierenden Stadtrat verfügen, der seine politischen Führungsaufgaben wahrnehmen kann. Die SP-Fraktion lehnt die Motion ab.

**Roland Scheck (SVP):** In Winterthur ist das finanzielle Debakel bereits weiter fortgeschritten als in Zürich. Vielleicht haben die Winterthurer die Zeichen der Zeit deshalb erkannt. Im Gegensatz zum Zürcher Projekt 17/0 ist das Winterthurer Sanierungsprogramm «effort 14+» viel griffiger. Eine von vielen Massnahmen sieht die Reduktion der Anzahl Stadträte von sieben auf fünf vor. Dies soll dazu beitragen, die Finanzen mit strukturellen Massnahmen nachhaltig zu sanieren. Es besteht demnach ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Aufwand und der Anzahl Departemente. Umso kurioser mutet die Haltung unseres Stadtrats an, der in dieser Massnahme offenbar nicht das geringste Synergie- bzw. Sparpotenzial erkennen will. Das erste Argument, wonach er im Zuge einer Reduktion weniger persönliche Kontakte wahrnehmen könnte, ist interessant – gemeint sind hier wohl in erster Linie die vielen Apéros und Kulturveranstaltungen. Allein bei den Verkehrsprojekten, die heute durch sage und schreibe vier verschiedene Departemente gehen, könnten durch eine Verschlinkung der Anzahl Departemente aber massive Einsparungen realisiert werden. Solche Beispiele gäbe es viele. Der rot-grüne Stadtrat will aber gar nicht sparen, obwohl ihm und der Stadt das Wasser bis zum Hals steht – dies nennt sich Besitzstandswahrung. Es interessiert ihn offenbar nicht, dass ein Verwaltungsapparat, der um Faktor 1,7 schneller wächst als die Wohnbevölkerung, unmöglich finanzierbar ist. Es gibt keine glaubhafte Erklärung dafür, warum Zürich nicht mit sieben Stadträten regiert werden könnte.

**Markus Knauss (Grüne):** Das auf Zahlen fixierte Votum von Roger Bartholdi (SVP) vermochte mangels sachlicher Argumente nicht zu überzeugen. Allerdings dünkt mich auch die Begründung des Stadtrats nicht sonderlich stark. Dennoch lehnen wir die Motion klar ab. Eine Umsetzung hätte genau das Gegenteil dessen zur Folge, was die SVP eigentlich will: Eine Reduktion von neun auf sieben bedeutet eine grundsätzliche Regierungs- und Verwaltungsreform. Unsere neun Stadträte schaffen es heute knapp, dossierfest zu sein, was es uns ermöglicht, sie auch in die Verantwortung zu nehmen.

*Durch eine Verkleinerung des Gremiums aber würde die Exekutivfunktion stark auf eine Repräsentationsfunktion reduziert, während die Verwaltung immer mehr Verantwortung übernehmen müsste. Dieser Entwicklung könnte durch eine Verschiebung der Kompetenzgrenzen entgegengewirkt werden. Dies kann aber nicht im Sinn des Gemeinderats sein.*

**Gian von Planta (GLP):** *Die von den Motionären vorgebrachten Argumente haben durchaus ihre Berechtigung. Auch die Gegenargumente verdienen eine gewisse Beachtung. Kein Grund für eine Änderung dürfte aber die Einsparung von zwei Stadtratslöhnen sein. Ebenso wenig das Bestreben, sicherzustellen, dass es nie mehr als sieben linke Stadträte gibt. Der einzige Grund, der in unseren Augen wirklich zählt, ist die Tatsache, dass ein 7er-Team besser funktioniert als ein 9er-Team – insbesondere dann, wenn sehr schwierige Aufgaben angepackt werden müssen. Zudem könnte sich im Rahmen des Projekts 17/0 eine Reorganisation der Departemente als sinnvoll herausstellen. Dies aber ohne genaue Prüfung vorzuschreiben, erscheint uns falsch; deshalb sind wir bereit, den Vorstoss als Postulat zu unterstützen. Dadurch soll angeregt werden, dass im Projekt 17/0 durchaus etwas grösser gedacht wird.*

**Michael Schmid (FDP):** *Das gegnerische Argument, die Anzahl Stadträte habe proportional zur Einwohnerzahl zu sein, ist ziemlich abenteuerlich. Hingegen stimmt es natürlich, dass eine Reduktion von neun auf sieben Departemente und Stadträte ohne weitere Anpassungen nicht funktionieren kann. Die Reduktion müsste klar verbunden sein mit einer umfassenden Aufgaben- und Organisationsüberprüfung. Die stadträtlichen Delegationen sind übrigens oft Teil des Problems und tragen viel zu Reibungsverlusten und Redundanzen bei, die im Rahmen einer Reduktion und Revision berücksichtigt werden müssten. Die FDP unterstützt die Motion.*

**Werner Wehrli (EVP):** *Da wir nicht wissen, ob neun oder sieben besser sind, erscheint es uns angebracht, die Varianten einmal seriös durchzuprüfen und einander gegenüberzustellen. Deshalb unterstützen wir die Motion und würden dies auch im Fall einer Umwandlung in ein Postulat tun.*

**Marco Denoth (SP):** *Die Credit Suisse (CS) hat 13 Verwaltungsräte, die Implenia hat neun. Das Budget der Implenia beträgt 2,5 Milliarden Franken. Die Stadt Zürich hat mit rund 8 Milliarden Franken etwa das fünftgrösste Budget in der Eidgenossenschaft. Neun Stadträte, die weiss Gott weniger verdienen als ein Verwaltungsrat der Implenia oder der CS, sind mehr als gerechtfertigt.*

**Jean-Claude Virchaux (CVP):** *Auch wir finden die Antwort des Stadtrats nicht besonders geglückt. Auf der anderen Seite hat auch die Argumentation von Roger Bartholdi (SVP) nicht überzeugt. Persönlich kann ich auch die Aussage von Gian von Planta (GLP), wonach ein 9er-Team schlechter arbeiten soll als ein 7er-Team, nicht unterstützen. Tatsache ist, dass die Aufgaben der Stadt zunehmen. Eine Reduktion der Departemente und Stadträte hätte einzig einen Machtzuwachs bei der Verwaltung zur Folge. Das will die CVP nicht. Wir wollen die (mehr oder weniger) Verantwortlichen während den Gemeinderatssitzungen vor uns haben. Eine Diskussion über die*

4 / 5

*Strukturen bedeutet noch lange nicht, dass die Anzahl Departemente und Stadträte verkleinert werden muss. Das Projekt 17/0 ist übrigens gerade erst gestartet und sollte nicht zum Vornherein schlecht gemacht werden. Wir lehnen sowohl die Motion als auch ein allfälliges Postulat ab.*

**Roger Liebi (SVP):** *Es erstaunt mich, dass ausgerechnet die CVP ihre Befürchtung betreffend mehr Macht auf Seiten der Verwaltung äussert und eine Überprüfung der Strukturen sogar im Rahmen eines Postulats ablehnt. Grundlage der Leistungsüberprüfung 17/0 muss sein, auch vor einem Abbau nicht zurückzuschrecken. Tatsächlich greifen einige Departemente ineinander; eine Zusammenlegung könnte sich mancherorts als sinnvoll erweisen. Implenia unterscheidet sich von der Stadt Zürich vielleicht dadurch, dass sie Gewinn erwirtschaftet. Allreal, die ebenfalls viel Gewinn erzielt, hat hingegen nur fünf Verwaltungsräte. Es geht uns sicher nicht um die Frage, wer nach einer Reduktion noch im Stadtrat vertreten sein wird. An dieser Stelle möchte ich die EVP loben – im Fall eines siebenköpfigen Stadtrats hätte sie schliesslich noch weniger Chancen, ein Mitglied in die Regierung zu entsenden.*

**Michael Baumer (FDP):** *Es geht wirklich nicht in erster Linie um Kosten oder um die Anzahl Grussbotschaften des Stadtrats, sondern um eine optimale Führung dieser Stadt. Hierbei kann weder die Verwaltungsgrösse noch die Einwohnerzahl oder der Aufgabenumfang ausschlaggebend sein. Vielmehr kommt es auf die Struktur der Aufgaben und die Organisation der Departemente an sowie auf die Frage, welche Teile der inneren Verwaltung von einem politischen Gremium übernommen werden und welche nicht. Zwar geht die Motion das Thema von der falschen Seite her an, doch die Antwort des Stadtrats zeigt deutlich auf, dass Handlungsbedarf besteht. Die Motion wird offensichtlich keine Mehrheit finden, was aber weder den Gemeinderat noch den Stadtrat davon entbindet, die Hausaufgaben weiterzuverfolgen. Wir stimmen der Motion zu.*

**Roger Bartholdi (SVP):** *Natürlich geht es nicht darum, einfach zwei Stellen zu streichen, sondern um die Auflösung zweier Departemente, d. h. um eine Strukturänderung. Ich habe die Vergleiche übrigens nicht nur zur Kantonsebene gezogen und finde nicht, dass andere Gemeinden mit weniger Exekutivmitgliedern mehr delegieren. Werner Wehrli (EVP) hat es richtig gesagt: Wir sollten die Szenarien seriös durchrechnen. Wagen wir also die Überprüfung!*

Gian von Planta (GLP) beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Roger Bartholdi (SVP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Jean-Claude Virchaux (CVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2013/243 (statt Motion GR Nr. 2012/390, Umwandlung) wird mit 56 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat